

Ein klares und eindeutiges NEIN zur Unsicherheitsinitiative

Autor(en): **Froidevaux, Denis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358128>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein klares und eindeutiges NEIN zur Unsicherheitsinitiative

Am 22. September entscheidet das Schweizer Stimmvolk zum x-ten Mal über eine Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Dieses Mal geht es um die Aufhebung der Wehrpflicht. Doch in Wirklichkeit liegt der Fokus auf einem ganz anderen Ziel: Die Initiative will der Armee die Sauerstoffzufuhr kappen, indem man ihr das wichtigste Kapital streicht – die Menschen, die diesen Sauerstoff geben.

Denis Froidevaux*

Die Diskussion um die Aufhebung der Wehrpflicht betrifft bei weitem nicht nur das Armeepersonal, sondern es stellt das gesamte Fundament unseres demokratischen Systems in Frage: die Rolle des Bürgers gegenüber dem Staat. Vor diesem Hintergrund scheint es angebracht, an den Artikel 6 der Bundesverfassung zu erinnern: Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.

Die Initianten stellen also klar jenes Gesellschaftsmodell in Frage, in welchem der Bürger im Zentrum steht und der Staat eine untergeordnete Rolle spielt. Die GSoA, die sich auf die Unterstützung der SP und der Grünen verlassen kann, schlägt mit der Unsicherheitsinitiative den Bürgerinnen und Bürgern nichts Geringeres vor, als die Aufhebung einer der beiden grossen gesellschaftlichen Verantwortungen: das Leisten von Militärdienst zu Gunsten der kollektiven Sicherheit des Schweizer Volkes und Staates (die zweite Pflicht ist diejenige, Steuern zu zahlen). Man muss diese Initiative ernst nehmen, denn auf den ersten Blick erscheint sie verführerisch: Sie gaukelt eine scheinbare Erhöhung unserer persönlichen und individuellen Freiheit vor. Für einen Teil der Bevölkerung ist das durchaus erstrebenswert, da für sie jede Aufhebung einer Pflicht ein Geschenk darstellt.

Der Armee das Fundament entziehen

Aber was schlägt die GSoA eigentlich konkret vor? Ganz einfach: die Aufhebung der Wehrpflicht und die Neugestaltung des Artikels 59 der Bundesverfassung. Um

dies zu erreichen, macht sie Scheinvorschläge, die ihre wahre Absicht verschleiern sollen, die Schweizer Milizarmee abzuschaffen.

Es geht um die Frage der Organisation unserer nationalen Sicherheit. Soll diese weiterhin auf Basis der Wehrpflicht oder auf freiwilliger oder auf professioneller Basis sichergestellt werden. Mit der Initiative verspricht sich die GSoA zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Einerseits sich vom Zwang zu befreien, einen Beitrag zur kollektiven Sicherheit des Landes und der Bevölkerung zu leisten und andererseits der Armee das Fundament zu entziehen. Die Initianten wollen der Bevölkerung vormachen, dass man künftig genügend Freiwillige finden würde, welche die gleichen Aufgaben erfüllen und dieselben Leistungen erbringen wie heute die Armee bestehend aus Wehrpflichtigen.

Die Wehrpflicht ist der Garant der Freiheit

Es ist offensichtlich, dass damit nicht nur das Schweizer System in Frage gestellt wird, sondern die gesamte nationale Sicherheitspolitik. In einem föderalistischen Staat wie der Schweiz beginnt die Sicherheit an der Basis und entwickelt sich nach oben. Dabei trägt jede Ebene (Gemeinden, Kantone und Bund) einen Teil an Verantwortung. Die Armee ist in diesem Gefüge das einzige physische Mittel, welches dem Bund bei Konflikten, Krisen und Katastrophen zur Verfügung steht; alle anderen Mittel sind kantonale oder privatwirtschaftlich organisiert. Somit ist die Armee auch das letzte anwendbare Mittel und die einzige strategische, stets zur Verfügung stehende Reserve des Landes. Ganz im Sinne des Prinzips, das

unser Land zum Erfolg geführt hat – das Prinzip der Subsidiarität.

Das Schweizer Sicherheitssystem beruht zu einem guten Teil auf der Armee und dem Zivilschutz und somit auf der Wehrpflicht. Dies nicht anerkennen zu wollen, zeugt von einer fatalen Unkenntnis der aktuellen Realität. Kein einziger Kanton kann auf die Hilfe der Armee und des Zivilschutzes verzichten, ohne seine bisherigen Ausgaben für die Sicherheit massiv zu erhöhen. Eine allfällige Annahme der Initiative birgt also auch einen massiven Kostenschub für die Gemeinden, die Kantone und die Eidgenossenschaft.

Es ist wichtig, die Stimmberechtigten in dieser Frage mobilisieren zu können. Bei dieser Abstimmung geht es nicht «nur» um eine Frage für die Armee oder der Offiziere. Wir müssen die Jungen, die Frauen, alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz von den Vorteilen eines Nein gegen diese katastrophale Initiative überzeugen. Denn die Wehrpflicht ist für uns alle der Garant der Freiheit. Welcher Bürger ist freier als derjenige, der in seinem Staat selber für seine Sicherheit und Freiheit sorgen kann?

Das Wohlergehen unseres Landes hängt von der Gemeinschaft der freien Bürger ab, die durch gleiche Rechte und Pflichten angetrieben sind, diesem Land auch einen Dienst zu erweisen. Nein zu einem Ende der Wehrpflicht und Ja zu einer modernen Sicherheitspolitik, die sich an den realen Bedürfnissen orientiert. ■

* Präsident der SOG & Vizepräsident des Vereins für eine sichere Schweiz.

Website:
<http://unsicherheits-initiative-nein.ch/>
 Spendenkonto des Vereins für eine sichere Schweiz: PK: 85-170575-5